

Anfrage Hunkeler Yvonne und Mit. über die Auswirkungen nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III auf den Kanton Luzern

eröffnet am 27. März 2017

Das Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) am 12. Februar 2017 führt im Kanton Luzern zu Ertragsausfällen ab 2019 von jährlich 34 Millionen Franken. Der Regierungsrat erwähnt in seiner entsprechenden Medienmitteilung, dass die kantonale Finanzplanung entsprechend angepasst werde. Zudem antwortet der Finanzdirektor in einem Interview, dass jetzt die Lücke mit weiteren Sparbemühungen oder kleineren Planungen aufgefangen werden muss. Die Kritiker der Reform seien nun mit guten Vorschlägen in der Pflicht.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Welche konkreten Auswirkungen hat das Nein zur USR III im Hinblick auf das Budget 2018 und die darauf folgenden Planjahre? Welche weiteren Sparbemühungen oder kleineren Planungen zieht der Regierungsrat in Betracht?
2. Welche Auswirkung hat das Nein auf die bevorstehende Abstimmung zum Referendum gegen die geplante Steuererhöhung des Kantons Luzern vom 21. Mai 2017?
3. Der Bundesrat sieht die Gefahr, dass sich der kantonale Steuerwettbewerb zuspitzt. Welche Risiken resultieren daraus für den Kanton Luzern? Wie wird sich der Kanton Luzern diesbezüglich steuerpolitisch verhalten? Sind Anpassungen des Steuergesetzes zu erwarten, um diesen Risiken zu begegnen?
4. Der Bund plant die Neuauflage der Unternehmenssteuerreform in engem Austausch mit den Kantonen. Welche Haltung wird der Kanton Luzern bei diesen Verhandlungen einnehmen?

Hunkeler Yvonne

Krummenacher-Feer Marlis

Wyss Josef

Piazza Daniel

Roos Willi Marlis

Peyer Ludwig

Bucheli Hanspeter

Roth Stefan

Schmassmann Norbert

Bernasconi Claudia

Galliker Priska

Kaufmann Pius

Dissler Josef

Lipp Hans